

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 13. Dezember 2021; Bericht

Am 13. Dezember 2021 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, EU-Afrika, Zentralasien und Venezuela.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell, die Themen Ukraine, Varosha/Türkei, Belarus, Äthiopien und Iran/JCPOA angesprochen.

In der Diskussion zur Ukraine habe ich die Bedeutung eines entschlossenen und geeinten Vorgehens betont. Unter Verweis auf die Gemeinsame Mitteilung über die Beziehungen der EU zu Russland vom 16. Juni 2021 müsse in der jetzigen Phase Klarheit hinsichtlich zur Verfügung stehender Maßnahmen bestehen. Weiters habe ich auf die Bedeutung von Deeskalation sowie des Dialogs im Rahmen des Normandie-Formats verwiesen.

In Bezug auf Varosha/Türkei habe ich betont, dass die Türkei weder die illegalen Aktivitäten rückgängig gemacht noch einen Kurswechsel eingeleitet habe. Die Solidarität mit einem Drittstaat – wie im Fall der Ukraine, wo richtigerweise umfangreiche Maßnahmen in Aussicht genommen werden – dürfe nicht stärker als die Solidarität mit einem EU-Mitgliedstaat sein. Weiters habe ich erklärt, dass Österreich allen im Papier des EAD vorgeschlagenen Optionen zu mehr Druckausübung auf die Türkei zustimmen könne. Abschließend habe ich mich dafür ausgesprochen, diese Debatte beim Europäischen Rat fortzusetzen.

Gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedsstaaten habe ich in der Diskussion zum Tagesordnungspunkt EU-Afrika auf die Bedeutung der Zusammenarbeit im Migrationsbereich, v.a. bei Rückkehr, Rückübernahme sowie Bekämpfung von Migrationsursachen, verwiesen. Darüber hinaus habe ich betont, dass es sich bei der Partnerschaft mit Afrika um keine Einbahnstraße handle und die EU alle verfügbaren Instrumente und Hebel nutzen müsse, um eine Verbesserung der Rückübernahmekooperation zu erreichen. Weiter habe ich mich für einen starken Fokus auf nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung des Klimawandels ausgesprochen.

Zum Tagesordnungspunkt Zentralasien verwies HV/VP Josep Borrell einleitend auf das EU-Zentralasien-Treffen der Außenministerinnen und Außenminister am 22. November 2021 in Duschanbe, bei welchem die Partner ihr Interesse an einer aktiven Rolle der EU in der Region bestätigt hätten. Die EU-Mitgliedstaaten hätten sich insbesondere auf den Aspekt Sicherheit und die damit verbundenen Bereiche Grenzmanagement, Kampf gegen den Drogen- und illegalen Waffenhandel, Kampf gegen Terrorismus und gewalttätigen Extremismus sowie De-Radikalisierung konzentriert. Weiters seien als zukunftsweisend die Themen Umwelt und Klima, Wassermanagement und -versorgung, Energiesicherheit, Lebensmittelversorgung, COVID-19-Bekämpfung sowie Konnektivität hervorgehoben worden.

Zu Venezuela verwies HV/VP Josep Borrell auf die tiefe politische Krise des Landes und bekräftigte die Entscheidung zur Entsendung einer EU-Wahlbeobachtungsmission zu den Regional- und Lokalwahlen am 21. November 2021. Die EU-Mitgliedstaaten drückten ihre Wertschätzung für die professionelle Arbeit der EU-Wahlbeobachtungsmission aus und gingen auf weitere Schritte zur Stabilisierung in Venezuela ein, u.a. die Wiederaufnahme des politischen Dialoges in Mexiko.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zum Pakt für die zivile GSVP an.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

21. Jänner 2022

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister